

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgebühren frei bis zum Ende des Monats eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark).
Verlagsredaktion: Postfach Nr. 17. Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erhaltung des Bezugsgebührens.
Mittwoch: Unterhaltungsbeilage „Der Familienfreund“.



Anzeigenpreis: Die sechsgepalte Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigealtene Reklamzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif.
Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark).
Für Anzeigen an vorgezeichneten Tagen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernprediger kann keine Gewähr geleistet werden.
Sonabend: Die illustrierte Sonntagsbeilage.

Nr. 69/70

Donnerstag, den 12. Juni

1930

Das Freigelöbnis der Auslandsdeutschen.

Salzburg. Der Pfingstmontag brachte den Höhepunkt des jährlichen Pfingsttagung des Vereins für das Deutsche im Auslande. Am Fuße der Söhenalpe wurden ca. 40 000 Menschen mit ihren Familien und Angehörigen versammelt. Nach Ansprachen des früheren Reichskanzlers Dr. Brüning und des früheren Reichsministers Dr. Brüning, die das Bestehen des B. D. A., Organs der Auslandsdeutschen, begrüßten, wurde das Freigelöbnis abgelegt. In dem es u. a. heißt: „Wir Deutsche bekennen uns in dieser Stunde zu unserem Schicksal und zu unserer Aufgabe. Schicksal ist uns die Zerstreuung über viele Länder hin, Aufgabe ist uns die deutsche Gemeinschaft. Wir geben unsere Hände und geloben: In der Not und Notwendigkeit unserer vaterländischen Schutzarbeit wollen wir im Sinne der Geschichte, die großen Aufgaben der Gegenwart erfüllen als treue Diener am Werke der Zukunft.“ Unter reichlicher Beteiligung der Bevölkerung der gesamten Umgebung fand ein deutscher Festzug statt.

18 000 Männer und Frauen, Jungens und Mädels, 2000 Blumen geschmückten Fahnen, Bannern und Wimpeln, zogen unter den Klängen zahlreicher Musikkapellen durch die Straßen Salzburgs. In buntem Wechsel folgten verschiedene Trupps. Besondere Anteilnahme erweckte die Berliner Gruppe, die große Landkarten trug, auf denen die unmögliche Grenzziehung im Osten des Reiches dargestellt war. Den tiefsten Eindruck aber machte die Gruppe der Arbeiter. Vor dem Festzug, vor der Tribüne der Ehrenplätze, hielt der Zugführer, und mit Geigen und Lauten erklang das Lied der Kameradschaft „Schick dich in den Kameraden“. Im Salzburgener Festspielhaus fand die Aufführung des Stückes: „Deutsche irren durch die Welt“ von dem schlesischen Heimatdichter Hans Christoph Kaergel statt.

König Carols erste Regierungshandlungen.

Bukarest. Nachdem Carol als König den Eid auf die Verfassung geleistet hat, entwickelt sich die politische Lage Rumäniens durchaus ruhig. Die neue Regierung wird durch das jetzige Parlament weiterarbeiten. Erst nach der Verabschiedung und nach Verabschiedung des neuen Budgets wird König Carol dann versuchen, eine Konzentrationsregierung unter der Präsidentschaft Titulescus zu bilden. In diesem Falle würde die Konzentrationsregierung dann das Parlament auflösen und Neuwahlen ansetzen.

Der Partiser rumänische Gesandte Diamanty wurde durch das rumänische Außenministerium nach Bukarest zurückberufen. Diamanty, der seit etwa fünf Jahren die rumänische Regierung in Paris vertritt und dort zu bewachen hatte, steht mit der Liberalen Partei in enger Verbindung. In französischen Kreisen werden ihm die Absichten des Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrages mit Briand und besonders die Tatsache, daß er den Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg auf Seiten der Alliierten unterstützt hat, hoch angerechnet.

Die Königinwitwe Maria hat an König Carol ein Aufschreibebuch übergeben, in dem sie ihrer Freude über den Ausbruch gibt, daß es der Zusammenarbeit der beiden Brüder gelungen sei, Carol zu krönen. König Carol dankte mit einem Dankesgramm.

Wie Carol König wurde.

Die Thronbesteigung Carols II., die sich offiziell in der rumänischen Nationalversammlung und in der gemeinsamen Sitzung von Senat und Parlament am Pfingstsonntag vollzogen hat, ist, wie sich jetzt herausstellt, durchaus nicht ein so glücklicher Liebesheirat, sondern eine sehr vorsichtig vorbereitete und von innerpolitischen Rücksichten bestimmte politische Entscheidung. Hinter den Ereignissen, die schließlich, mit allerlei persönlichen Angelegenheiten vermischt, dazu führten, daß der Pfingstmontag Carol noch vor dem Tode des Königs Ferdinand zum Kaiser 1928 offiziell auf den Thron verdrängte und außer Landes ging, standen die innerpolitischen Auseinandersetzungen zwischen der konservativen und der liberalen Partei Rumäniens. Die Königinmutter Maria, die sich außenpolitisch auf dem ganzen Balkan und innerpolitisch in Rumänien immer wieder betätigt hat, setzte ihre Hoffnungen auf die Liberale Partei. Die finanzielle Entwicklung Rumäniens drängte sie allmählich zu der Erkenntnis, daß die liberale Partei mit ihrem ausgeübten Korruptionssystem auf die Dauer die Regierung nicht halten konnte. Man hatte seit langem durch Freunde des Prinzen Carol eine Art

Stimme von zuverlässigen Anhängern in Budapest, Wien, Prag und München organisiert. Die Regierung war von vornherein, auch wenn sie vielleicht über

den Zeitpunkt nicht ganz genau unterrichtet war, mit der Rückkehr einverstanden, und die Stimmung in der Bevölkerung war durch die Propaganda der Regierung gegen die liberale Partei vorbereitet.

Das außenpolitische Programm.
König Carol hat in seiner Thronrede einen außenpolitischen Satz gesprochen, der vielleicht für die weitere Entwicklung sehr wichtig werden kann. Er hat gesagt, daß die 800 000 Toten, die Weltkrieg für die rumänische Sache, in Siebenbürgen, der Bukowina und Bessarabien mit ihrem Blute für immer „die Einheit der Nation innerhalb ihrer natürlichen Grenzen“ besiegelt hätten. Das bedeutet ein Programm der Festlegung auf eine rumänische Außenpolitik, die in der letzten Zeit nicht immer die Zustimmung der Großmächte gefunden hat.

Der Anfang zur Preis- und Lohnsenkung?

Der Schiedspruch für die Gruppe Nordwest für verbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr den Schiedspruch für die Gruppe Nordwest für verbindlich erklärt. Weiter wird mitgeteilt, daß die Arbeitgeber verbindlich zugesagt haben, daß ein Preisabbau für Eisen mindestens in Höhe des Lohn- und Gehaltsabbaus erfolgen solle, also jedenfalls mehr als 7 Prozent. Die Arbeitgeberorganisationen werden sich nun zunächst mit dieser Frage zu befassen haben, worauf das Arbeitsministerium zu prüfen hat, ob die gegebenen Garantien damit erfüllt werden.

Diese Entscheidung des Reichsarbeitsministers kann für die gesamte deutsche Wirtschaft von großer Bedeutung sein, denn sie macht zum erstenmal den

Verfug, die seit langem längst überfällige Preis- und Lohnsenkung einzuleiten.

Diese Senkung der Preise in Verbindung mit einem Abbau der Löhne hält der Reichsarbeitsminister für eine Vorbedingung vor sogenannter Anhebung der Wirtschaft.

Auch der Bergbauverein in Essen hat bereits Verhandlungen über die Möglichkeit einer Lohn- und Preis- senkung im Ruhrbergbau gepflogen.

Warschau hat das Wort.

Das auswärtige Amt in Berlin ermarket die polnische Antwort auf die deutsche Protestnote.

Die neue polnische Note in der Angelegenheit des Neuhöfener Zwischenfalls, die am Sonnabend abend der deutschen Regierung überreicht wurde, und in der die polnische Regierung noch einmal die Behauptung aufstellt, daß sie nicht die Schuld an dem Zwischenfall trage, hat aber gar keine Bedeutung, weil inzwischen die deutsche Regierung ihren Protest in Warschau übergeben hat und eine Antwort der polnischen Regierung auf diesen Protest und auf die Forderungen, die die deutsche Regierung in dieser Note erhoben hat, noch nicht eingegangen ist. Das Berliner auswärtige Amt wartet diese Antwort ab und wird erst dann entscheiden, ob es den Zwischenfall einem internationalen Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet.

Die Zentrumspartei stellt Nientimp ein Ultimatum.

Der Zustand des Abgeordneten besorgniserregend.
Nachdem der im Mittelpunkt eines Korruptionskandals stehende Zentrumabgeordnete Nientimp sich bisher trotz wiederholten Drängens seiner Partei nicht auf die gegen ihn erhobenen schweren Beschuldigungen geäußert hat, sondern sich bisher ganz allgemein auf die Betätigung seiner Unschuld beschränkt, hat die Zentrumspartei Nientimp eine äußerste Frist zur Klarstellung gegeben. Falls Nientimp sich jetzt nicht äußert, so soll sein Ausschluss aus der Zentrumspartei erfolgen.
Der Zustand Nientimps, der sich zur Zeit infolge eines seelischen Zusammenbruchs im Sanatorium zu Werreshofen befindet, soll sich demnach verschlimmert haben, daß seine Angehörigen telegraphisch an sein Krankenlager gerufen wurden.

Schwere Unwetter in Südfrankreich.

Paris. Die Gegend von Belleville im Burgundischen ist durch einen schweren Witterungsbruch vollständig unter Wasser gesetzt worden. In der Landschaft von Charentay hat ein Hebenfluß der Saone, der sich in kurzer Zeit in einen reißenden Strom verwandelt, drei Häuser eingerissen und die Trümmer in das Tal geschwemmt.
Die Einwohner der Häuser mußten aus den Fenstern springen und sich schützend in Sicherheit bringen.
Der Verkehr zwischen Beaujeu und Belleville ist vollständig unterbrochen, da sich die Straße in einen Fluß verwandelt hat. In der Umgebung von Soullouze sind vier Häuser von den Fluten fortgeschwemmt worden. Etwa 40 Häuser mußten unter Zurücklassung von Hab und Gut geräumt werden. In Soullouze sind mehrere Häuser durch Erdrutsche, die durch Unterspülung hervorgerufen sind, schwer bedroht. 27 Familien sind obdachlos.

Treibstoff wird wieder teurer.

Beimischung von Spiritus.
Der Betriebsstoff für Motoren wird in nächster Zeit abermals verteuert werden. Zu den in- und ausländischen Treibstoffen soll nämlich auf Regierungsvorlangen ein Beimischungszwang von Spiritus treten. Der Spiritus muß von der Reichsmonopolverwaltung bezogen werden, wodurch der bisherige Spiritusabbau für Treibstoffzwecke von 250 000 Hektoliter jährlich auf 600 000 Hektoliter gesteigert wird und somit entsprechende Mehreinnahmen erzielt werden.
Die Vorgesprächen mit den betreffenden Verbänden sollen am Sonnabend im Reichsfinanzministerium stattfinden, sie haben aber lediglich informativen Charakter. Von sachmännlicher Seite wird erklärt, daß durch die Beimischung von Spiritus die Klopffestigkeit des Motors herabgemindert wird. Außerdem soll eine größere Erwärmung des Motors eintreten und durch Bildung von Essigsäure im Bergsaft sei mit gefährlichen Wirkungen zu rechnen.

Die Thüringer Regierung begründet die Schulgebete.

Weimar. Das thüringische Staatsministerium hat in dem Streit um die Schulgebete nunmehr seine Rechtsauffassung dem Staatsgerichtshof gegenüber dargelegt. Es wird erklärt, das Staatsministerium müsse den Inhalt aller Gebete, die in dem Erlaß des Volksbildungsministeriums empfohlen werden, als im Einklang mit Artikel 148 der Reichsverfassung stehend bezeichnen. Dementsprechend hält das Staatsministerium auch die Empfehlung dieser Gebete für verfassungsmäßig. Es wird schließlich beantragt, dem Antrag des Reichsinnenministers nicht stattzugeben.

Die Einweihung des U-Boots Ehrenmals an der Kieler Förde.

Kiel. Zu Pfingsten fand in Kiel die feierliche Einweihung des U-Boots-Ehrenmals statt, das auf der ehemaligen Wollenerter Schanze errichtet wurde. Schon 1919 bildete sich unter dem Vorsitz von Vizeadmiral Michelsen, dem alten Kommandeur der U-Boote, ein Ausschuss zur Schaffung eines U-Boots-Ehrenmals. Es sollte an den Ufern der Elbe bei Hamburg errichtet werden. Die gesammelten Gelder schmolzen aber in der Inflation zusammen. 1924 wurde ein Preisaufruf veröffentlicht. Der preisgünstigste Entwurf konnte der zu hohen Kosten wegen jedoch nicht ausgeführt werden. Man begrenzte nun die Kosten auf 20 000 Mark, die dem Frankfurter Bildhauer Bäder zufielen. Man wählte als U-Boots-Ehrenmal die ehemalige Wollenerter Schanze an der Kieler Förde. Auf ragender Säule, die sich nach oben zu verbreitert, steht man einen Adler, der seine Schwingen ausbreitet. Die Säule trägt die Inschrift:
„Im Weltkrieg 1914/18 blieben 5132 Helde, 199 U-Boote.“
Wie Kapitän zur See a. D. Walter, der Vorsitzende der Kieler Ortsgruppe der U-Bootskommandos, auf dem Vertretertag, der der Ehrenmalseinweihung vorausging, betonte, sei dem Gedächtnis der U-Bootsbesatzung neben dem Ehrenmal in Laboe an der Kieler Förde ein besonderes Gedenken bereitet worden, weil der Verfallener Vertrag Deutschland das U-Boot aus der Hand gewunden habe. Ueber die Hälfte der U-Bootsbesatzungen sei gefallen. Kein anderer Truppenteil habe derart schwere Verluste gelitten.
Bei der Feier der Denkmalseinweihung selbst waren bei der Wollenerter Schanze Fahnenmasten errichtet. Die Ehrenkompanie stellte die Schiffsschmittdivision in Stralsund, die mit der Pflege der U-Bootüberlieferung beauftragt ist. Die Krüger- und Marinevereine hatten ihre Abordnungen entsandt. Die Kieler Bevölkerung beteiligte sich zahlreich an der Feier, die durch einen Festgottesdienst eingeleitet wurde. Die Beisitzer des Vizeadmirals a. D. Michelsen, der Worte des Gedankens und der Kameradschaft fand.

Die Beisehung des ermordeten deutschen Gesandten.

Bissabon. Die sterblichen Reste des deutschen Gesandten in Bissabon, Dr. v. Balkand, der am Pfingstsonnabend einem Revolverattentat zum Opfer fiel, werden, auch dem Kreuzer „Königsberg“ nach Deutschland übergeführt, wo sie am 14. Juni in Cuxhaven eintreffen. Die Beisehung wird am 16. Juni in München stattfinden. Das auswärtige Amt ist augenblicklich damit beschäftigt, die Beisehungsfeierlichkeiten vorzubereiten.
Am Pfingstmontag fand in Bissabon eine eindrucksvolle Beisehungsfeier für Balkand im Anwesenheit von Tausenden von Menschen statt.
Es nahmen daran sämtliche Mitglieder des diplomatischen Korps teil.
Der mit der deutschen und portugiesischen Flagge bedeckte Sarg wurde auf einer Geschützlafette geföhrt, an deren Seiten eine aus Kanaliereingemietern und Schwabroren der republikanischen Garde gebildete Ehreneskorte ritt.